

Paulos Yacob, Refugees for change

Deutsche Übersetzung

Ein Grund, warum ich heute zu Ihnen sprechen möchte, ist, meinem Ärger Ausdruck zu verleihen, der von Tag zu Tag in mir wächst. Es ist der Ärger darüber, dass die Behörden in der EU und in Deutschland immer noch zwischen Flüchtlingen erster und zweiter Klasse unterscheiden, und über den brutalen Rassismus und die Diskriminierung, die hier zugrunde liegen.

Die Schuld ist auch bei der deutschen Regierung und ihren Organen zu suchen. Meiner Ansicht nach sollte sich jedes Land an die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 halten, und nicht seine nationalen Interessen darüber stellen. Auch die schändlichen Dublin-II- und III-Verordnungen gehen in diesem Zusammenhang in eine völlig falsche Richtung.

Nationales Recht darf sich nicht über die Flüchtlingskonvention hinwegsetzen.

Ich appelliere an das Pflichtgefühl der politischen Führer in Deutschland und Europa:

Achten Sie die Menschenrechte! Wenn die Grundbedürfnisse eines Menschen nicht respektiert werden, und eine gewisse Chancengleichheit nicht ansatzweise gegeben ist, kann sich der Mensch im Kleinen und die Menschheit im Großen, nicht weiterentwickeln.

Darum: Missbrauchen Sie nicht Themen des politischen Tagesgeschäfts, um die Menschenrechte aufzuweichen. Ja, es gibt die Frage der Armut. Es gibt die Frage des internationalen Terrorismus und Fragen der Weltwirtschaftskrise. Aber die Menschenrechte sind keine "Frage" in diesem Sinne. Sie sind der Grundkonsens unserer Wertegemeinschaft und müssen als solche unantastbar bleiben. Es kann und darf keine Legitimation für rassistische Abschiebungen, und den täglichen Ausschluss von Schutzsuchenden geben.

Ihre Politik nährt Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, sie schürt den Hass zwischen EU-Bürgern und Flüchtlingen. Die Politik entfacht einen Krieg "arm gegen arm". Auch die europäische Einheit wird darunter leiden. Möchten Sie für diesen Irrsinn wirklich die Verantwortung tragen? Diesen Irrsinn, der nebenbei auch noch den Kampf für das Recht von Flüchtlingen auf ein würdevolles Leben geschickt in den Hintergrund rückt, und vor nie da gewesene Hürden stellt.

Ein Beispiel für rassistische Politik ist die Drittstaatenregelung. Wir flohen vor der Gesetzlosigkeit und der Obdachlosigkeit in Italien und erhofften uns ein würdevolles Dasein und Schutz in Deutschland. Jedoch wollte man uns zurück dorthin abschieben, weil Italien für uns die Verantwortung trage. Aber was ist, möchten wir einwenden, wenn der Verantwortliche verantwortungslos ist?

Die Flüchtlinge, die heute hier sind, und viele weitere, sind vor diktatorischen Regimen geflüchtet, vor Krieg, Folter und Terror, um ihr Leben zu retten. Doch nun, da sie ihre gefährliche Reise nach Europa hinter sich haben, oft durch bewachte Grenzen hindurch, sind sie schon wieder mit dem Tod konfrontiert. Dem Tod durch die bittere Kälte, oder rassistische Übergriffe der Polizei.

Wir bitten die EU und den UNHCR, den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, schnell, präzise, und unabhängig in diesen Fällen zu ermitteln, um Menschenrechtsverletzungen in Italien aufzudecken, sodass Deutschland die Abschiebung nach Italien aussetzt.

Mir bleibt nichts weiter zu sagen, als: Beenden Sie die rassistische Abschiebung nach der Dublin-Verordnung, und ermöglichen Sie allen Menschen ein würdevolles Leben! Sie sind es, die am Hebel sitzen. Zeigen Sie der Welt, dass Sie sich von unseren Diktatoren in Afrika unterscheiden!